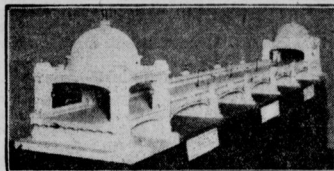
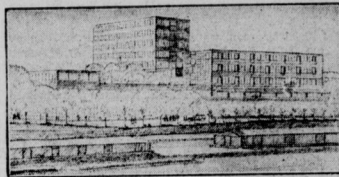


Volks-Zeitung



Neues
Brücken-
modell
„Empire-
Bridge“
für
London

Mit „Unterhaltungs-Blatt“
Moden-Zeitung Sport-Zeitung
Film-Zeitung Haus u. Garten-Ztg.
Techn.-Zeitung  Witzblatt „ULK“
2 MAL TÄGLICH = 60 PFG. WÖCHENTLICH



Entwurf
eines
neuen
Gewerkschafts-
hauses,
für Frank-
furt von
Architekt
Max Taut

Reichstag über Finanz-Verantwortung Wieder Tardieu? - Seltsame Liebestragödie

Nur indirekte Steuern!

Das Steuerbukett, das Dr. Moldenhauer heute dem Reichskabinet vorlegen wird

Wenn der Reichstag bis Sonnabend die Zeit mit nebensächlichen Vorlagen totgeschlagen hat, wird er in die Faschingsferien gehen, aus denen er, wenn er Glück hat, das wir ihm um unserer selbst willen wünschen, nicht durch die unliebenswürdige Geste eines Poincaré aufgestört werden wird. Indessen wird die Regierung das Finanzprogramm beraten und, wenn es geht, eine Einigung darüber zu erzielen suchen. Ob es geht, und wie weit man sich über Herrn Moldenhauers Vorschläge verständigen können, steht noch dahin. Denn die Gegensätze, die die Parteien nicht zu überwinden vermochten, bestehen auch im Kabinet, zumal sich besonders die volksparteilichen Minister völlig auf die Parteilinie eingestellt haben, wie das Moldenhauer'sche Finanzprogramm, das heute das Kabinet beschäftigt wird, beweist. Dieses Programm hat folgenden Inhalt:

Aufgebracht werden soll einschliesslich der Ueberweisungen an die Länder insgesamt ein Betrag von 475 Millionen Mark. Der Fehlbetrag der Arbeitslosenversicherung ist dabei noch nicht berücksichtigt. Diese 475 Millionen will Dr. Moldenhauer folgendermassen zusammenbringen:

75 Prozent Biersteuererhöhung: 240 Millionen Mark (davon 90 Millionen zur Ueberweisung an die Länder).

Benzinoll, später Benzinsteuer (von 4 Pfennig): 65 Millionen Mark (davon 40 Millionen an die Länder).

Steuer auf Mineralwasser: 40 Millionen Mark (ganz zu überweisen an die Länder).

Vorverlegung der Fälligkeitstermine für die neuen Steuern: 30 Millionen Mark.

Kaffee- und Teezoll: 50 Millionen Mark.
Verzicht auf Herabsetzung der Industriebelastung: 50 Millionen Mark.

Die 250 Millionen Mark Fehlbetrag aus der Arbeitslosenversicherung

sollen, wie schon aus früheren Mitteilungen bekannt, zu 150 Millionen Mark aus dem Verkauf von Reichsbahn-Vorzugsaktien an die beiden Sozialversicherungen und zu 100 Millionen Mark durch „innere Reformen“ der Arbeitslosenversicherung erbracht werden, über die nach dem Vorschlag des Reichsfinanzministers der Verwaltungsrat dieser Versicherungen autonom entscheiden soll.

Die ursprünglich in Höhe von 80 Millionen Mark beabsichtigten Abstriche im Etat sind durch die bisherigen Kabinettsbeschlüsse auf 50 Millionen Mark vermindert worden. Dem stehen aber Mehrausgaben im Betrage von 49 Millionen Mark und weitere 35 Millionen Mark unvorhergesehene Mindereinnahmen gegenüber.

Bei diesem Steuerprogramm des volksparteilichen Reichsfinanzministers fällt vor allem auf, dass es nur indirekte Steuern enthält, also Steuern, die den Konsum belasten. Wenn auch die Sozialdemokraten einzelne indirekte Steuern hinzunehmen gewillt sind, so wird diese Häufung von Konsumsteuern sicherlich auf ihren und ihre Minister Widerstand stossen, und Herr Moldenhauer hätte daher klug gehandelt, von vornherein die stärkste Partei in der Koalition nicht in der von ihm beliebigen Weise vor den Kopf zu stossen. Die Defizitdeckung durch Konsumsteuer ist auch insofern sehr gewagt, als die Eingänge leicht hinter dem Steuersoll zurückbleiben könnten, wie sich ja auch die Berliner Finanzkünstler mit

der Tarifierhöhung, die auf dem Papier genau stimmte, verrechnet haben. Wir halten es daher nicht für ausgeschlossen, dass die Sozialdemokratie mit ihrer Forderung nach einem Notopfer, das heisst mit einer Zuschlagsbesteuerung der höheren Einkommen, durchdringt,

zumal im Kabinet mindestens fünf Anhänger des Notopfergedankens (vier Sozialdemokraten und der Reichsverkehrsminister Stegerwald) sitzen.

Santo Domingo in Hand der Aufständischen

SANTO DOMINGO, 26. Februar. (Associated Press.)

Die Aufständischen sind heute vormittag in die Stadt eingezogen und haben die öffentlichen Gebäude und die Zitadelle besetzt. Die Einnahme der Stadt erfolgte ohne jedes Blutvergiessen. Der Präsident und der Vizepräsident der Dominikanischen Republik haben sich, wie gerüchweise verlautet, in die amerikanische Gesandtschaft geflüchtet.

Fort damit!

Von den in der Zeit von 1890 bis 1900 erlassenen Polizeiverordnungen sind auf Grund eines Ministerialerlasses 3937 aufgehoben und 204 abgeändert worden, 688 blieben noch bestehen, deren Notwendigkeit oder Zweckmässigkeit in vielen Fällen aber auch zweifelhaft sein dürfte. Der preussische Minister des Innern hat daher folgendes angeordnet:

„Ich setze hiermit sämtliche Polizei-Verordnungen der Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Kreis- und Ortspolizeibehörden, soweit sie vor dem 1. Januar 1900 erlassen sind, mit Ausnahme derjenigen Polizei-Verordnungen, die die Strom-, Schiffsfahrts- oder Hafenpolizei betreffen, mit Wirkung vom 1. Mai 1930 ausser Kraft. Dieser Beschluss bezieht sich auch auf diejenigen vor dem 1. Januar 1900 erlassenen Polizei-Verordnungen, die nach diesem Datum abgeändert sind.“

Aufhebung aller vor 1900 erlassenen Polizei-Verordnungen

Die von dem Ausserkraftsetzungsbeschluss betroffenen Polizeiverordnungen sind nochmals nach Form und Inhalt eingehend zu prüfen und, soweit sie sich als unabweisbar notwendig er ergeben, sind sie nach Möglichkeit mit später erlassenen einschlägigen Polizeiverordnungen zu vereinigen. Besteht dazu keine Möglichkeit, so sind sie neu zu erlassen, wobei zu prüfen ist, ob eine einheitliche Regelung für einen Kreis oder Regierungsbezirk angebracht erscheint.

Zur weiteren Bereinigung des Polizeiverordnungs wesens ersucht der Minister des Innern, namentlich in eine Nachprüfung der in der Zeit vom 1. Januar 1900 bis zum 1. Januar 1910 erlassenen Polizeiverordnungen einzutreten. Der Minister ersucht ferner, bei dem Erlass von Polizeiverordnungen grösste Vorsicht obwalten zu lassen.

Keine Regierung von Nazi-Gnaden

Abgabe der Demokraten in Sachsen an die Wirtschaftspartei

DRESDEN, 26. Februar.

Die sächsische Wirtschaftspartei hatte ihren Vorschlag, den Präsidenten des sächsischen Staatsrechnungshofes Schieck als Ministerpräsidenten zu wählen, auch den Demokraten mitgeteilt und um deren Zustimmung gebeten. Darauf hat die Wirtschaftspartei heute von den Demokraten folgende Antwort erhalten:

„Wenn wir den Sinn Ihres Schreibens richtig verstehen, streben Sie die Neubildung des Kabinetts auf der bisherigen Grundlage an. Wir sind der Ansicht, dass eine sächsische Regierung, die sich auf die Nationalsozialisten stützt oder auch nur von ihrer Duldsamkeit abhängig ist, nicht von Dauer sein kann. Zur Bewältigung der schweren Aufgabe, die, wie Sie ganz richtig sagen, in naher und ferner Zukunft in Sachsen zu lösen sind,

ist eine solche Regierung nicht fähig, da sie sich im Landtag nicht auf eine ausreichende und sichere Mehrheit stützen kann. Wir bedauern deshalb, Ihnen unsere Unterstützung für Ihren Plan der Regierungsbildung (Ministerpräsident Schieck) nicht zusagen zu können.“

Das Richtige wäre es, dass die Sozialdemokraten, die im sächsischen Landtag die stärkste Fraktion aufweisen, die Regierungsbildung übernehmen. Werden sich die Rechtsparteien in Sachsen endlich dazu bequemen, der S. P. D. die Bahn für die Bildung der Grossen Koalition freizugeben?

Geographie schwach!

Nazis sollten in die Schule, aber nicht ins Parlament gehen

Der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Kube hatte im preussischen Landtag eine kleine Anfrage eingebracht, in der gefordert wurde, dass trotz des Anschlusses Waldecks an Preussen, „aus historischen Gründen und auch in Folge der Bedeutung des Ortes“ die Stadt Mennighüffen das Stadtrecht behalten solle. Nunmehr ist die Antwort des preussischen Ministeriums eingegangen. Sie lautet knapp und klar: „Eine Gemeinde Stadt Mennighüffen ist im Gebiete des früheren Freistaates Waldeck nicht vorhanden.“

büffen ist im Gebiete des früheren Freistaates Waldeck nicht vorhanden.“

Herr Kube hätte sich seine Blamage sparen können, wenn er die Nase einmal in einen Atlas gesteckt hätte! Offenbar ist er einem schlechten Scherz zum Opfer gefallen. Oder aber irgendein Spassvogel wollte einmal feststellen, wie tief man die Unwissenheit eines nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten einschätzen darf. Aber sei dem, wie ihm wolle: Herr Kube ist in der Geographie so schwach, dass ihm die eigene Partei im Interesse der Ersparung weiterer Blamagen den menschenfreundlichen Rat geben sollte, statt ins Parlament lieber erst einmal ordentlich zur Schule zu gehen.

TARDIEU erneut beauftragt! Sein Ziel: Die republikanische UNION

PARIS, 26. Februar. Tardieu, der in den ersten Nachmittagsstunden noch einmal ins Elysée berufen wurde, hat den Auftrag zur Regierungsbildung angenommen. Ehe Tardieu seine Entscheidung traf, hatte er Poincaré aufgesucht und mit ihm eine Stunde lang beraten.

Tardieu stützte, nachdem er den Präsidenten der Republik verlassen hatte, die üblichen Besuche bei den Senats- und Kammerpräsidenten ab und begab sich dann nach dem Hotel de Briand und Chateaux, mit denen er längere Unterredungen hatte.

Im Hotel Royal Monceau, wo er seit seinem Sturz Wohnung genommen hat, hatte sich bereits eine Reihe seiner früheren Mitarbeiter, darunter Maginot und Flandin, sowie der Abgeordnete Franklin-Bouillon, eingefunden.

Nach der Uterhaltung mit seinen früheren Mitarbeitern empfing Tardieu von neuem die Journalisten und erklärte ihnen: „Meine Verhandlungen betreffend die Kabinettsbildung werden ziemlich lange dauern, denn ich will zu einem klaren Ergebnis gelangen.“

Ich will die republikanische Union zustande bringen, wo es Platz für alle gibt und von der ich niemand ausschließen will. Ich hoffe aber, vor Ende der Woche mit der Bildung der Regierung fertig zu sein. Soeben habe ich eine Abordnung der radikalen Linken empfangen, die von der Fraktion einstimmig

beauftragt war, mir ihren lebhaften Wunsch zum Ausdruck zu bringen, ich möge ein Kabinet der republikanischen Konzentration bilden. Ich habe ihr geantwortet, dass es mein Wunsch heute wie morgen sei, diese Konzentration zustande zu bringen. Morgen vormittag 11½ Uhr werde ich dem Präsidenten Doumergue Bericht erstatten und Ihnen dann weiteres mitteilen.“

Poincarés Absagegründe

Er fühlt sich noch nicht gesund genug

PARIS, 26. Februar.

Als am Nachmittag Poincaré das Elysée verlassen hatte, wurde das folgende Communiqué herausgegeben: „Der Präsident der Republik hat Herrn Raymond Poincaré gebeten, die Bildung der neuen Regierung zu übernehmen.“

Poincaré hat mit Bedauern abgelehnt, weil der Zustand seiner Gesundheit es ihm noch für einige Zeit unmöglich macht, ein Kabinet zu bilden und zu leiten. Poincaré hat aber hinzugefügt, André Tardieu bei der Bildung einer Regierung auf breiter republikanischer Grundlage zu unterstützen.“

Nachdem Poincaré aus Gesundheitsrücksichten abgelehnt hatte, den Versuch einer Kabinettsbildung zu über-

nehmen, blieb dem Präsidenten der Republik nichts anderes übrig, als Tardieu erneut zu beauftragen. Sein Ziel ist, wie er erklärt hat, die republikanische Union. Ob es ihm gelingen wird, dieses Ziel zu erreichen, scheint einigermaßen fraglich angesichts der Stimmung innerhalb der Radikalsocialen Partei, wo man in Tardieu, nicht mit Unrecht, nach den Ereignissen der letzten Tage, den Führer der Rechten sieht. Sollte Tardieu Versuch misslingen, so wird wohl nichts anderes übrig bleiben, als die Auflösung der Kammer, die auch in der französischen Verfassung vorgesehen ist, vor der man aber so grosse Scheu empfindet, dass dieses letzte Mittel seit mehr als einem halben Jahrhundert niemals angewandt worden ist.

81 Regierungen in 60 Jahren

Das jetzt gestürzte Ministerium Chateaux war die 81. Regierung in den 60 Jahren des Bestehens der französischen Republik. Das bedeutet eine durchschnittliche Lebensdauer dieser Regierungen von neun Monaten. Die längste Regierung war die unter Waldeck Rousseau, die drei Jahre weniger 19 Tage bestand. Die kürzeste Regierung war die des Generals Rochoux, die nur einen Tag, vom 23. bis 24. November 1877 währte. Verschiedene französische Kabinetts haben nur einige Tage bestanden, so das von François-Marsel zwei Tage, das von Ribot drei Tage, das von Fallières 19 Tage.

Das gab es! Ein Geistlicher, der Christus am Maschinengewehr sehen wollte

Zu der Beschlagnahme der Plastik „Christus mit der Gasmasken“ durch den Berliner Polizeipräsidenten in der hiesigen Reichsarbeits-Kulturausstellung erhält die „Frankfurter Zeitung“ eine Zuschrift, in der es heisst:

„Es war während des Krieges. Ort der Handlung: einer der vielen Zirkel, in denen sich damals Menschen der verschiedensten Richtungen zu einer freien Aussprache zusammenfanden, die die Zensur natürlich in der Öffentlichkeit nicht zulies. Man sprach wohl über Religion, Kirche und Krieg. Jedenfalls erhob sich in der Diskussion ein protestantischer Geistlicher der militant-nationalistischen Observanz (es gibt und gab auch damals im Kriege, Gott sei Dank, auch andere) und

rief mit schallender Stimme die Worte in den Saal: „Wenn Christus heute lebte, stände er auch am Maschinengewehr.“

Wohel ihm natürlich keinen Augenblick der Gedanke kam, ob Christusglaube seiner Art in den anderen Ländern den Gekreuzigten nicht vielleicht zur gleichen Zeit auch zum Dienst am Maschinengewehr reklamierten. Es gibt Worte, die man in seinem Leben nicht verkennt. Dieses Wort vom Christus am Maschinengewehr, gesprochen von einem Geistlichen, ist für mich eines dieser Art.“

Danach ist also der Christus mit der Gasmasken oder am Maschinengewehr keine Erfindung eines revolutionären Zeichners, sondern eines Geistlichen, der nicht der einzige dieser Art war. Warum da also die Empörung der orthodox-kirchlichen Kreise?

Gegen den Widerspruch des Staatsanwalts

In der Voruntersuchung wegen der Bombenattentate hat die dritte Strafkammer des Landgerichts I gegen den Widerspruch der Staatsanwaltschaft beschlossen, dass der Angeeschuldigte Hennings mit der weiteren Untersuchungshaft verschont werden soll, wenn er eine Sicherheit von 10.000 Reichsmark beibringt.

Der Mann im Teig

Von Michail Sotschenko

Seltene Geschichten passieren in unserem Sowjetlande. Dieser Fall ist neuesten Datums, und der leidtragende Held des Tages war ein Genosse, namens Grigorjew. Ort der Handlung: eine Brotfabrik.

Ein handfester Bäckergehilfe hatte sich mit seinem Kameraden Grigorjew ein etwas ungewöhnliches Späschen erlaubt. Er hatte ihn, während einer Balgerei, kopfüber in einen Kübel mit frischem Brotteig geschmissen und tüchtig darin hin- und hergerollt. Potz, war das komisch!

Grigorjew schrie und strampelte aus Leibeskraften. Der Teig aber ist sehr schlipfrig und klitschig. Man bedenke: auch das Brot ist bei uns oft klitschig, und nun erst der rohe zähe Teig. Der glitschte einem sofort in die Gurgel, verstopfte einem die Nase und verklebte die Ohren. Was denn auch dem Grigorjew unweigerlich widerfuhr.

Grigorjew zertot, klammert sich mit den Händen an den Rand des Kübels und will — was wir gern begreifen — herausklettern.

Im letzten kritischen Augenblick helfen ihm zwei offenbar vertrauliche Kameraden aus der Patsche und ziehen ihn heraus. Grigorjew steht jammervoll da. Sehen kann er nichts: der Teigkleister verfließt ihm die Augen. Hungerig ist er nicht, denn er hat genug Teig geschluckt.

Nach diesem Geschehnis äusserten einige Gesellen gewisse durchaus natürliche Bedenken, dass es vielleicht doch nicht ganz erwünscht wäre, diesen Teig weiter wie üblich zu verwenden und aus ihm Brot oder leckere Brötchen zu backen. Am Ende küsste nicht Appetitliches dabei heraus. Denn immerhin hatte ein richtiger lebendiger Mensch mit Armen, Beinen usw. eine Welle darin gelegen.

Obwohl der Genosse Grigorjew Mitglied der Bäckergewerkschaft ist und obwohl auch Maxim Gorki eine Zeitlang Bäckergehilfe gewesen ist, und dergleichen, dennoch — Kultur bleibt Kultur: Juchtenstiefel sind keine Rosinen und ein Schnurrbart ist kein Kümmerlebs.

Leichtsinnige Mädchen

Tänzerinnen, die nach Argentinien reisen

Auf dem Lehrtr Bahnhof kam es gestern abend bei dem Abtransport einer Truppe junger Tänzerinnen, die unter dem Truppennamen Sisters u. Co. in ein angelegliches Engagement nach Buenos Aires gehen, zu bewegten Szenen. Die Kriminalpolizei, die zu der Abfahrt auf dem Bahnhof erschienen war, nahm ein junges Mädchen in Gewahrsam, das von Hause ausgerückt war, und führte es den Eltern wieder zu. Die übrigen jungen Mädchen, die mit diesem verdächtigen Transport nach Südamerika reisen, konnten nicht zurückgehalten werden, da sie sämtlich mündig sind. Die Truppe selbst, der von dem Berliner argentinischen Generalkonsul das Visum verweigert worden ist, reist ohne Visum zunächst bis Montevideo und von dort mit einem Küstendampfer nach Buenos Aires.

Das Fest der Rennfahrer

Kilian—Pötzfeld Ueberraschungssieger im Stunden-Rennen

Bei der Veranstaltung, die die Deutsche Rennfahrer-Vereinigung zum Besten ihrer Unterstützungskasse gestern im Sportplatz durchführte, brachte der Wettbewerb meist überraschende Ergebnisse. Das Fliegerrennen war Oszmella nicht zu nehmen, der Petri, Buschenhagen und Ebner bezwang. Im Omnium der Steier erwieis sich Hille mit 30 Punkten als Bestor vor Bauer (28) und Sawal (23). Das Mannschaftsrennen, in dem die favorisierten Paare zum Teil vorzeitig ausschieden, brachte ein unerwartetes Ergebnis. Nach Ablauf der Stunde lagen die Westdeutschen Kilian—Pötzfeld (27) mit Rundenvorsprung in Front. Zweiter wurden Bennighoff—Schenk (23) vor Gebrüder Wolke (20) und Wette—Nickel (11). Den grössten Beifall erntete Walter Rütt, als er im Rennen der Senioren nach ehrgeizigem Kampfe Stelbink schlug.

Kardinal Merry del Val. Kardinal Merry del Val, der unter Papi Pius X. 1903—1914 das Amt des Staatssekretärs innehatte, ist während einer Operation gestorben, der er sich infolge einer plötzlich aufgetretenen Blinddarmentzündung hatte unterziehen müssen. Er stand im 65. Lebensjahre.

Einige meinten: „Nun, wenn, zum Beispiel, die Stiefel im Teig nicht stecken geblieben sind, liess sich die Teigmasse noch ausbacken.“

Grigorjew erwiderte: „Die Stiefel sind da. Die habe ich an.“

Und so wurde denn der schöne Hefeleitzug zu Brot verbacken. Die „Leningrader Prawda“ weiss aber zu berichten, dass infolge dieses kleinen Zwischenfalles drei Bäcker vors Volksgerechtigt zitiert wurden. Einer — weil er seinen Kameraden in den Teig geschmissen hatte, und zwei — weil sie die Weisung erteilt hatten, aus diesem Teig Brot zu backen.

Den ersten Böewicht trifft die Strafe zu Recht. Aber die anderen zwei — vielleicht zu unrecht. Denn nach allgemeinem Urteil schmeckte das bewusste Brot recht appetitlich. Am Geschmack war keineswegs zu erkennen, dass ein lebhafter Mensch sich darin herumgewälzt hatte. Also wozu die Aufregung?

Das Krokodil und ich

Von Victor Auburtin

Am Vormittag ging ich ins Aquarium, um die Tiere anzusehen.

Das ist eines der schwersten Uebel dieser Zeit, dass wir so wenig Tiere zu sehen bekommen. Die Pferde, Hunde und Katzen werden immer seltener in den Städten, die Natur zieht sich von uns zurück und überlässt uns unseren respektiven Veranstaltungen.

Deshalb also ging ich in das Aquarium, wo es, wie immer, ausserordentlich voll war. Um den Schwanzmolch drängten sich Hunderte von Zuschauern, und vor den Schlangen hatten sich Schlangen gebildet.

Den Haupterfolg aber konnte das grosse Krokodil verzeichnen, das mit dem Bauch im Wasser lag. Das grosse Krokodil lag mit dem Bauch im Wasser und beschäftigte sich damit, auf sein Mittagessen zu warten. In dieser Tätigkeit liess es sich weder durch Neckerkriecher noch durch die Zurufe der Beschauer stören; es hatte die Augen halb geschlossen, und um seinen für gewöhnlich so ironischen Mund spielte ein Zug von Melancholie.

Emil Barth, der Sozialfaschist

Emil Barth gehörte bekanntlich dem ersten Rate der Volksbeauftragten im November 1918 als Vertreter des Spartakusbundes an. Seine Freunde von einst erzählten in den Novembertagen geheimnisvoll, dass er sozusagen der eigentliche Urheber der Novemberrevolution gewesen sei. Als Führer der revolutionären Obleute hatte er Pistolen besorgt, die freilich am 9. November nicht loszugehen brauchten, weil das alte System widerstandslos zusammenbrach. Jetzt gehört Emil Barth der S. P. D. an, und als Redner einer S. P. D.-Betriebsversammlung sollte er im Werner-Werk, Marienfelde, reden. Ein kommunistisches Rollkommando hat das offenbar verhindert, und in ihrem „Siegesbericht“ verweist sich die „Rote Fahne“ zu der fetten Ueberschrift: „Belegschaft Werner vertreibt Emil Barth.“ Nach dem gleichen Bericht hat der Vertreter der Kommunisten in der Versammlung ausgeführt: „Sorgt dafür, dass Leute wie Barth niemals mehr Eingang in Arbeiterversammlungen finden! Sorgt dafür, dass kein Sozialfaschist mehr Betriebsfunktionen erhält!“ — Sie transit gloria mundi! So vergeht der Ruhm der Welt! Der „grosse Revolutionär“ Emil Barth soll nun auch ein Sozialfaschist sein. Wie alles, was nicht von Moskau verordneten rechtmässigen bolschewistischen Glauben hat!

Moloch Militarismus

KARLSRUHE, 26. Februar.

Die Franzosen haben mit dem grosszügigen Ausbau der linksrheinischen Befestigungen gegen Baden begonnen. Sie haben oberhalb der Eisenbahnbrücke und unterhalb der Schiffbrücke von Breisach in den letzten Wochen grössere Forts aus Beton angelegt und in den letzten Tagen mächtige Panzerplatten angefahren, die in die Forts eingebaut wurden.

Lebenskünstler haben oft dicht vor dem Essen einen solchen melancholischen Zug um die Lippen.

Am Nachmittag ging ich in das Fischgeschäft, um einen Karpfen für das Fest zu kaufen.

Das Geschäft, in dem ich meine Fische kaufe, unterscheidet sich von anderen Geschäften dieser Art dadurch, dass in ihm ein Hausgeese aufgehängt ist. Dieser Hausgeese enthält die Worte: „Wo Glaube, da Liebe; wo Liebe, da Hoffnung; wo Hoffnung, da Gott; wo Gott, da keine Not“, und ist über der Bank angebracht, auf der die Fische zubereitet werden.

„Soll ich ihn gleich totmachen?“, fragt mich das Fräulein und lüchelt verführerisch.

Ich wäre am liebsten wieder fortgelaufen. „Wenn ich bitten darf“, sagte ich mit beiserer Stimme.

Das Fräulein trug den Karpfen auf die Bank unter den Hausgeesen, wickelte ihn in ein Tuch und hieb ihm den Kopf ein. Dann drehte sie sich um und lächelte uns alle an und war stolz, dass sie das so fein gemacht hatte.

Das Krokodil wird heute auch Fische zu seinem Mittagessen bekommen haben. Aber selbstverständlich besitzt dieses Krokodil keinen Hausgeesen mit Glaube, Liebe und Hoffnung, weil es ja zur Klasse der Reptilien gehört und deshalb keine Seele hat.

Bernhard-Molique-Stiftung. Die Stipendien aus der Bernhard-Molique-Stiftung sind am 25. Februar dem Fräulein Döblyka Zita und dem Herrn Werner Lewysohn verliehen worden.

Max Pallenberg wird im Deutschen Künstlertheater nur noch zehn Vorstellungen von „Eins, zwei, drei“ spielen. Das Stück übersiedelt dann mit Max Pallenberg und der übrigen Premierenbesetzung ebenso wie „Souper“ ins Berliner Theater. — Im Berliner Theater können im ganzen nur noch 30 Vorstellungen mit den Molareschen Emaktern stattfinden, da es Max Pallenberg durch auswärtige Gastspielverpflichtungen, die er wegen des grossen Erfolges der Emaktern in Berlin schon mehrfach überschoben hat, nicht möglich ist, länger in Berlin zu spielen.

Die Werke des apulischen Dichters Unamuno, über dessen Rückkehr nach Spanien wir jüngst berichteten, sind in deutscher Sprache im Verlag Meyer & Jessen, München, erschienen.

Hans Belmann veranstaltet auf Einladung der Volksbühne E. V. am Freitag, 28. Februar, 20 Uhr, im Bühnenaal des Rathauses eine seiner beliebten Abende. Einlasskarten 0.80 Mark in den Verkaufsstellen der Volksbühne E. V. und am Saaleingang.

1,2 Milliarden Subventionen in den letzten Jahren - Aufsehererregende Erklärung im Reichstag

Selbstverantwortung erspart den Spardiktator / Erweiterte Kontrolle des Rechnungshofes

Im Reichstag fand gestern die zweite Beratung der Novelle zur Reichshaushaltsordnung statt. Der Ausschuss hat die Regierungsvorlage in vielen Punkten geändert und vor allem die Kontrollbefugnisse des Rechnungshofes wesentlich erweitert mit der Tendenz, das möglichst sparsam gewirtschaftet wird.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer stimmt den im Ausschuss beschlossenen Änderungen der Regierungsvorlage zu. Im Ausschuss sei schon das Problem berührt worden, ob das Ausgabebewilligungsrecht des Parlaments nicht eingeschränkt werden könne. Diese mehr verfassungsrechtliche Frage sollte bei der vorliegenden Novelle nicht entschieden werden, damit der vorliegende Entwurf so schnell zur Verabschiedung kommt, dass er schon beim Etat für 1930 Anwendung finden kann. Der Minister tritt um Ablehnung einer von den Sozialdemokraten beantragten Entschließung auf.

Erklärung der Richtlinien für den Reichskommis.
Diese Entschließung sollte erledigt sein durch die Erklärung, dass die Regierung den Gedanken hat, die Gutachten des Sparkommissars, die dieser selbst für geeigneten Fällen diesen beiden Körperschaften mit der Stellungnahme der Reichsregierung zuzuleiten. — Die sozialdemokratische Entschließung verlangte die Zuleitung in alle Fälle.

Abg. Heimann (Soz.) wendet sich dann gegen die im Ausschuss abgelehnten Anträge der Wirtschaftspartei und der Deutschen Volkspartei, den Reichssparkommissar als eine mit großen Rechten ausgestattete unabhängige Instanz in das Verfassungsleben einzuschalten. Die Sozialdemokraten wollten nicht das Budgetrecht einschränken, sondern umgekehrt den Einfluss der Reichsregierung, des Reichsrats und vor allem des Reichstages stärken, um damit auch das Verantwortungsgefühl dieser Körperschaften in finanziellen Dingen zu stärken.

Tatsächlich ist es gar nicht so, dass beim Geldausgeben immer der Reichstag der Sündenbock sei und die verschiedenen Regierungen engeln sein gewesen seien.

Die Agitation der Wirtschaftspartei könnte diesen Eindruck erwecken. Tatsächlich ist unter dem Druck der vergangenen Regierungen gegen den Widerstand der Sozialdemokraten

wirtschaftlich nicht vertretbare Subventionen durchgesetzt worden, die in den letzten Jahren nicht weniger als 1,2 Milliarden betragen haben.

(Hört, hört) Erst der Sozialdemokrat Hilferding hat als Finanzminister die Fortsetzung dieser Subventionen unmöglich gemacht. Wir wollen den Reichssparkommissar in der Stellung erhalten, die er heute hat; aber wir lehnen es ab, ihn zu einer obersten Reichsbüchse zu machen.

Die Kreise, die ihm diese Stellung geben wollen, denken ja nicht an solche Ersparnisse, wie sie z. B. beim Wehretat möglich und nützlich wären.

Sie möchten mit einem solchen vom Parlament unabhängigen Instrument das Erreichen, was kein dem Volke verantwortliches Parlament durchführen wird, grosse Streichungen nämlich beim Sozialetat auf Kosten der Armen. Andere Forderungen des Antrags der Wirtschaftspartei sind ebenso bedenklich und bedeuten die Errichtung einer Finanzdiktatur als Schrittmacher für eine viel weitergehende Diktatur. Wer innerhalb des Budgetrechts des Parlaments den Einfluss des Sparkommissars vergrößern will, der sollte der sozialdemokratischen Entschließung zustimmen, wonach alle Gutachten des Sparkommissars dem Reichstag und Reichsrat zuzuleiten sind.

Abg. Hergt (Deutschn. Vp.) bekämpft das parlamentarische System. Der Redner erklärt, trotz Bedenken der Ausschussvorlage zustimmen zu wollen. Der Antrag der Wirtschaftspartei bedürfe noch mancher Ergänzung im Ausschuss.

Abg. D. Schreier (Zentrl.) hält die Wirtschaftspartei für diejenige, die diese Vorlage das Schwergewicht der Macht von sich gegeben und in die Hände des Finanzministers gelegt.

Der Antrag der Wirtschaftspartei, der den Reichspräsidenten einschalten will, bedeutet die Flucht des Parlaments aus der Verantwortung.

Damit legt man Dynamit an die Verfassung und trägt bei zur Schwächung der Autorität des Reichspräsidenten. Die Stellung des Reichssparkommissars ist im wesentlichen eine Persönlichkeitsfrage. Wer daraus eine gesetzlich verankerte Instanz machen will, schafft tatsächlich ein zweites Finanzministerium und ergänzt die grünen Tische durch einen neuen, der ausserordentlich viel kostet. Wenn wir nicht selbst die Augen offen haben, dann schließt uns die beste Haushaltvorlage nicht vor finanziellen Missgriffen.

Abg. Dr. Gremer (D. Vp.): Meine Freunde stimmen im wesentlichen der Ausschussfassung der Vorlage zu. Unsere Anträge sind gestellt, nicht um das parlamentarische System zu unterhöheln, sondern um es zu festigen.

Der Redner setzt sich im weiteren Verlauf für erweiterte Befugnisse des Sparkommissars ein, dessen Stellung auch der Bureaucratie gegenüber gestärkt werden müsse.

Abg. Dr. Bredt (Wirtsch.) bemängelt, dass der volksparteiliche Antrag den Sparkommissar nur in seiner jetzigen Stellung gesetzlich verankern will. Das Ideal des wirtschaftsparteilichen Redners ist — Reichsbankpräsident Schacht. Wenn die Volkspartei, so führt er fort, sogar ihren Antrag Cremer zurückzieht, dann soll wenigstens das Volk wissen, dass der Reichstag die Verantwortung für den Fortbestand des jetzigen Systems trägt.

Abg. Bernhard (Dem.): Wer den heutigen Zustand mit dem vor zehn Jahren vergleicht, kann nicht sagen, dass der souveräne Reichstag unordentlich regiert und uns dadurch ins Elend geführt hätte.

Wenn wir heute die Möglichkeit hätten zur Emission von Anleihen, dann wären wir gar nicht in Sanierungsnöten.

Wir haben doch auch schwere soziale Notstände lindern müssen, die Finanznot ist also nicht eine Folge parlamentarischer Lächerlichkeit. Das ist schon deshalb unmöglich, weil ja in den zehn Jahren mit wechselnden Mehrheiten regiert worden ist. Die Wirtschaftspartei hat freilich das Glück gehabt, immer von der Regierungsverantwortung frei zu bleiben. Trotz der Mängel des Rechnungshofes haben seine Berichte schon dem Reichstag grosse Dienste geleistet. Dabei haben wir mit Schauern gesehen, dass höchst bedenkliche ausser- und überplanmäßige Ausgaben — ich will dem Abg. Torgler nicht seine Rede über Ministerwohnungen wegnehen (Heiterkeit) — die Zustimmung

der jeweiligen Reichsfinanzminister gefunden haben. Daraus scheint doch hervorzugehen, dass auch die Machterweiterung des Finanzministers keinen sicheren Schutz gewährt. Der Sparkommissar kann immer nur ein Hilfs- und Unterstützungsorgan des Reichstages sein. Die Anlagen, die wir hier hören, treffen nicht das jetzige System und nicht den Reichstag, sondern die politisch verantwortlichen Persönlichkeiten, die Furcht haben vor der Konsequenz der Unpopularität.

Abg. Torgler (Komm.): Was hier von rechts verlangt wird, ist nichts anderes als der vom Reichsverband der deutschen Industrie geforderte Rationalisierungs-, Spar- und Finanzdiktor.

Die vorliegenden Änderungsanträge werden bis auf einige redaktionelle Änderungen abgelehnt.

Der Antrag der Wirtschaftspartei auf Neuregung der Finanzkontrolle wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Die Vorlage wird in zweiter und dritter Beratung in der Ausschussfassung gegen Kommunisten und Nationalsozialisten angenommen.

Die Entschließung Heimann (Soz.) über die Zuleitung der Berichte des Sparkommissars wird dem Haushaltsausschuss überwiesen.

Die Vorlage über die Zuleitung von Hilfsberichten zum Reichsgericht wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen. Das Haus verlegt sich auf Donnerstag 3 Uhr. Auf der Tagesordnung steht das Ministerpensionsgesetz neben kleineren Vorlagen.

Londoner Nebel Wird die Flotten-Konferenz auffliegen?

Sieben Wochen dauert die Londoner Flottenrüstungskonferenz, ohne dass man bisher über das Vorstadium der Verhandlungen hinausgekommen wäre. Kein Wunder, dass sich in der Beurteilung der Erfolgsmöglichkeiten der Konferenz ein immer stärkerer Pessimismus breit macht, zumal auch die Entwicklung der französischen Kabinetskrise keineswegs geeignet ist, die Situation günstiger zu beurteilen.

Hatte man doch gehofft, dass durch das Ausscheiden Tardieus gewisse Schwierigkeiten hätten überwunden werden können und dass es möglich sein würde, mit Mitgliedern einer mehr links orientierten Regierung über die Einvernehmen kommen zu können. Nun, wo es den Anschein hat, dass Tardieu zurückkehren wird, sind diese Hoffnungen ins Wasser gefallen, und die allgemeine Frage ist:

Wie kann die Konferenz gerettet werden? Wahrscheinlich wird ja Tardieu, wenn er nach London zurückkehren sollte, seine Sicherheitsformel, die bei den angelsächsischen Konferenzteilnehmern so grosses und nicht gerade freudiges Aufsehen erregt hat, wieder mitbringen. Und wie dann die Dinge weitergehen, ist noch gar nicht abzusehen, da sich ja hinter dieser Sicherheitsformel ganz konkrete Zahlen verbergen.

Die Personalpolitik in Preussen vor der demokratischen Landtagsfraktion

Die demokratische Landtagsfraktion hielt gestern eine mehrstündige Sitzung ab, an der von der demokratischen Reichstagsfraktion die Abgeordneten Koch-Weser, Rönneberg und Lemmer teilnahmen. Man darf annehmen, dass die Erörterungen in weitem Umfange der Personalpolitik galten, die in manchen preussischen Verwaltungszweigen getrieben wird.

Zuviel Makulatur in Deutschland. 1929 sind in Deutschland 27 558 Bücher, das heisst etwa 90 am Tag, veröffentlicht worden, in Frankreich 12 347 (33 täglich), in England nur 827 (24 täglich).

Ebert-Gedächtnisfeier. Der Kreis Osten des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold veranstaltet am Sonntag, 2. März, 10 Uhr, im Saalbau Friedrichshain eine Ebert-Gedächtnisfeier. Es wirken mit das Streicherbester des Ortsvereins Friedrichshain und der proletarische Sprecher. Die Gedächtnisrede hält der Gauvorsitzende, Ministerpräsident a. D. Stellung.

Augen rechts!

Ein deutschnationales Blatt, das sich schon immer der innenpolitischen Verbetzung mit besonderem Eifer widmet, erregt sich über einen kommunistischen Aufruf, der dazu auffordert, die Schiessende des kommunistischen Arbeiterschützenbundes recht fleissig zu besuchen. „Es würde sich jedenfalls empfehlen, die Pistolenbeschussende der roten Bürgerkriegsformationen einmal genauer zu betrachten“, heisst es dort. In der Tat, das dürfte sich empfehlen, und es ist anzunehmen, dass die politische Polizei dies auch ohne derartige Aufforderungen tun wird. Es muss aber einmal die Frage aufgeworfen werden, warum man in der deutschnationalen Presse noch nie ein Wort über die „Bürgerkriegsformationen“ auf der radikalen Rechten gefunden hat und eine Aufforderung, auch diesen Herrschaften einmal etwas näher auf die Finger zu sehen. Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig! Und es muss unbedingt gefordert werden, dass beide Seiten, über deren staatsfeindliche Tendenzen sich* doch kein vernünftiger Mensch mehr im unklaren ist, mit gleichem Masse gemessen werden! Auch wenn die Rechtspresse noch so sehr schreit.

Preussens stabile Koalition

Die innere Verwaltung vor dem Landtag

Im preussischen Landtag wurde gestern die allgemeine Aussprache zum Haushalt des Innenministeriums fortgesetzt.

Abg. Klein (Deutschn. Vp.) erklärte, trotz den Demütis des Staatssekretärs könne der preussische Innenminister nicht den Besitz von drei Wohnungen bestreiten, nämlich einer Wohnung in Kassel, eines Häuschen im Grunewald und schliesslich der Dienstwohnung. (Sehr richtig! rechts.) Der Redner begründete den deutschnationalen Antrag, der die Aufhebung des Stahlheimverbots in Rheinland und Westfalen fordert.

Abg. Lademann (Komm.) nahm scharf gegen den Erlass des Ministers Stellung, der die Nichtbestätigung von Kommunalbeamten zum Gegenstand hat.

Abg. Johannsen (D. Vp.) verlangte bei Besprechung von Umgemeinderträgen, dass die den einzugemeindenden Orten gemachten Versprechungen auch gehalten werden.

Abg. Graimek (Dem.) hob hervor, dass

Preussen der einzige Staat in Europa sei, der zehn Jahre lang seine ursprüngliche Regierungskoalition beibehalten konnte.

In der Personalpolitik müsse natürlich bei den politischen Beamten positive Einstellung zum gegenwärtigen Staat verlangt werden. Der Staat wiederum müsse die Arbeitsfreudigkeit des Beamten zum erhalten wissen. Er sehe das Verhalten der Polizei bei Beschlagnahme der Plakate in der Antikirenausstellung deshalb als gerechtfertigt an, weil von der künst-

lerischen Zeichnung George Grosz' in dieser Christus-Darstellung fast nichts mehr übriggeblieben sei. (?) Der Redner unterstützte die Bestrebungen des Reichsbanners als Gegengewicht gegen die Wehrorganisationen der Rechten und wandte sich gegen die Bildung staatsfeindlicher Bauernbewegungen in den Grenzgebieten.

Abg. Leonhardt (Wirtsch.) meinte, das Liquidationsabkommen mit Polen sei abzulehnen, wie es auch die katholischen Organisationen von Ober- und Niederschlesien abgelehnt hätten. (Rufe im Zentrum: „Das ist gar nicht wahr!“)

Staatssekretär Dr. Abegg erklärte, für das Demonstrationsverbot gebe es Ausnahmefälle, z. B. anlässlich der fünfjährigen Wiederkehr des Todesjages des ersten Reichspräsidenten am 28. d. M., wo man Ebert-Gedächtnisfeiern zulassen wolle, und für den Sonntag Reminiscere, den 16. März, wo für den Volkshund deutsche Kriegsgräber-Fürsorge zur Veranstaltung des Volkshundtagungsbüchens zugelassen werden sollen, wenn sie sich die Erlaubnis in diesen Fällen nur auf die Feiern selbst, An- und Abmärsche, die den Begriff des Umzuges erfüllen, seien nicht zugelassen.

Beim Abschmitt „Polizei- und Landjägereiessen“ setzte sich Abg. Marekwal (Soz.) für einen starken Polizeikörper ein, der angesichts der radikalen Umtriebe von links und rechts notwendiger denn je sei.

Die Weiterberatung wurde auf heute 12 Uhr vertagt.

Die „Berliner Volkszeitung“

erschient täglich zweimal, Sonntags, Feiertage u. Montags einmal. Abonnementspreis einsechzig Pfennige. Zustellung durch die Botenfrucht wöchentlich 36 Pf. in voraus zahlbar, durch die Post 2,50 RM monatlich incl. 36 Pf. Postgebühr inkl. Zustellung. Im Falle höherer Gewalt oder bei Streiks haben unsere Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entrichteten Anzeiger-Preises. Die Druck-Zelle 80 Pf. für kleine Anzeigen d. Wort 18 Pf., d. fettdruck. Wort 20 Pf., Hauptdruck SW 100, Rudolf-Mosse-Druck, Jerusalemstr. 46-48, Frankfurt. Druck Nr. 340 bis 345, f. d. Fernverkehr Nr. 427 bis 430 — Rudolf-Mosse-Code — Postbeschriftung Nr. 24, Rudolf-Mosse, Berlin NW 7. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmte Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet. — Filialen: Badstr. 61, Bismarckstr. 66, Fennstr. 1, Fildenstr. 8, Franz-Allee 296 u. 246, Grunewaldstr. 197, Gr. Frankstr. 88, Kochhausstr. 2, Königsstr. 10, Köpenickerstr. 67/68, Moritzplatz, Müllerstr. 135, Potsdamerstr. 28, Rabeinstr. 8, Rheinsbergerstr. 79, Reinholdstr. 68, Schiffbauerdamm 4, Schönhauser Allee 144, Turnstr. 61, Wiener Str. 1,6, Zimmerstr. 20, Charlottenburg, Kaiserdamm 20, Kantstr. 24, Nurburgerstr. 28-30, Schillerstr. 28, Tassowstr. 2, Copernicusstr. 1, Friedrichs-Rheinstr. 10, Hallesche-Grünwald, Lehmann-Platz, Lichtenberg, Frankfurter Allee 241, Lichtenfelde West, Carlstr. 12, Neuland, Berlin, Str. 11, Hermannstr. 10-24, Kaiser-Friedrich-Str. 243, Norderdamm, Brückerstr. 22, Fankow, Bornholmer Str. 1, Schöneberg, Hauptstr. 29-31, Martin-Luther-Str. 9, Potsdam, Breitenstr. 4, Stephan-Schüler-Str., Tegel, Berlin, Str. 12, Tempelhofer Berliner Str. 147, Trepow, Grötzstr. 61, Weissensee, Berliner Allee 247 (Antepp.), Wilhelmsr. Hohenzollernring 126, Kottbus, 15, Ullander-Str., Brandenburg, Hauptstr. 4, Breslau, Schweidnitzer Str. 5, Frankfurt a. O., Regierungstr. 46, Potsdam, Brandenburger Str. 23, Stettin, Monchstr. 81.

Chafredakteur: Otto Nuschke

Verantwortliche Redakteure: für Politik, Feuilleton und die Beilage: Alfred Müller Hepp; für Gross-Berlin und den übrigen Teil des Reichs: Heinrich Heppelheimer; für den Inverantort: Bruno Köhler. Verantwortliche Redakteur in Berlin: Paul Zverwidel; einwirkende Manuskripten übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Druck und Verlag: Rudolf-Mosse, Berlin. Hierzu 2 Beiblätter.

Heute: „Illustrierte Technische Zeitung“

